



Beschluss des Bundeskongresses
der Europa-Union Deutschland
vom 31.03.2019

Keine weitere Hängepartie beim Brexit

Die überparteiliche Europa-Union Deutschland spricht sich entschieden gegen eine weitere perspektivlose Verlängerung der Brexit-Verhandlungen aus. Die EU und ihre Institutionen dürfen keinen Schaden nehmen. Noch immer kann das Vereinigte Königreich, wie der Europäische Gerichtshof bestätigt hat, den Austrittsantrag zurückziehen, was von der Europa-Union Deutschland begrüßt würde.

Einer weiteren Verlängerung der Austrittsfrist ist nur zuzustimmen, wenn Großbritannien ein zweites Referendum vorbereitet, das innerhalb kürzest möglicher Frist stattfinden muss, oder Großbritannien ein realistisches und mehrheitsfähiges Konzept für einen „weichen Brexit“ vorlegt. Entscheidet eine Mehrheit der Briten auch in einem zweiten Referendum für den EU-Austritt, muss dieser mit konkreten Zeitvorgaben vollzogen werden.

Die Europa-Union Deutschland spricht sich mit Nachdruck gegen einen unregelmäßigen Brexit aus. Sollte es dennoch dazu kommen, sollten umgehend bilaterale Abkommen geschlossen werden, die die Errungenschaften des Karfreitagsabkommens, die Rechte der EU-Bürger, die bereits in Großbritannien leben ebenso sichern wie die Rechte der bereits vor dem Austritt rechtmäßig in der EU lebenden britischen Bürger und eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit garantieren. In jedem Fall hält es die EUD für richtig, dass die Unionsbürger im vereinten Königreich zu jedem Zeitpunkt seiner Mitgliedschaft im Europäischen Parlament vertreten sind.

Darüber hinaus darf es keine Zugeständnisse geben. Die europäischen Grundfreiheiten müssen an die EU-Mitgliedschaft oder engste Assoziierung entsprechend des Schweizer oder Norwegischen Modells mit ausgewogenen Rechten und Pflichten, die die Integrität des Binnenmarkts nicht gefährden, gebunden sein.